

Wie der Schutz von Wahlen geprüft werden kann

Ein Bericht fordert eine Strategie, wie nach der Europawahl Lehren für den Umgang mit Wahlen gezogen werden können. Dabei soll untersucht werden, wie verlässlich Plattformen rund um die Wahl Informationen geliefert haben. Daten sollen besser plattformübergreifend geteilt werden. Und was ist mit KI-generierten Inhalten?



von Maximilian Henning

veröffentlicht am 06.06.2024

10. Juni 2024. Der Tag nach der Europawahl, der chaotischste in einer Reihe von chaotischen Tagen. Es fing an in den Niederlanden, ging dann weiter in Irland, Tschechien und den anderen Mitgliedstaaten: Große **Demonstrationen** vor den Wahlbüros. Anscheinend spontan, tatsächlich **organisiert über große Online-Plattformen**. Die Menschen haben dort gehört, dass Behörden die Wählerlisten manipuliert haben oder direkt Stimmzettel vernichten. Wahlwerbung gab es online nur von einigen Parteien, viele Kommentare und Diskussionen zur Wahl wurden gelöscht.

Am Mittag heizt sich die Stimmung auf dem Place Luxemburg, vor dem Brüsseler Gebäude des Europaparlaments, zunehmend auf. Wie schon bei den *Bauernprotesten* (<https://www.politico.eu/article/fires-water-cannon-toppled-statue-farmers-clash-police-eu-parliament/>) vor einigen Monaten brennen Bäume, die Statue im Zentrum des Platzes wird

gestürzt. Schließlich kann die völlig überforderte Polizei ihre Linie nicht mehr halten, auch die Glasfronten halten den geworfenen Steinen nicht mehr stand. Die Menge flutet vor laufenden Kameras ins Parlamentsgebäude.

Kommission hat schon vorgelegt

So sieht der wahrscheinlich **schlimmste denkbare Fall für das Ergebnis der Europawahl** aus. Unter anderem, um solche Szenen zu verhindern verpflichtet der Digital Services Act (DSA) große Online-Plattformen zu stärkerer Kontrolle ihrer eigenen Regeln. Denn der DSA richtet sich auch gegen „**systemische Risiken**“ bei bestimmten für die Gesellschaft wichtigen Themen, unter anderem bei Wahlen.

Die EU-Kommission hat vor einigen Monaten *Leitlinien* (https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C_202403014) vorgelegt, wie Plattformen ihrer Meinung nach Wahlen besser schützen können (Tagesspiegel Background *berichtete* (<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/eu-konkretisiert-vorgaben-zum-schutz-von-wahlen>)). Dazu gehört etwa, dass die Plattformen einen **internen Reaktionsmechanismus** für Fälle einrichten, in denen Desinformation viral geht. Dafür sollen sie auch mit den Wahlbehörden zusammenarbeiten. Außerdem sollen die Plattformen Zugang zu offiziellen Informationen über die Wahlen geben, etwa über Banner oder Links zu den Webseiten der Behörden.

Für die Bewertung danach

Aber wie kann nach der Wahl bewertet werden, ob die Schritte der Plattformen effektiv waren? Das hat das Zentrum für Regulierung in Europa (**CERRE**) in einem kürzlich erschienenen Bericht untersucht. Die zwei Autor:innen stellen darin eine Reihe von Kriterien auf, an denen jeweils **Erfolg oder Misserfolg** gemessen werden können. Unterstützt wurde die Studie unter anderem von Google, Microsoft und Tencent.

Sie ist dafür gedacht, um **nach der Wahl als Orientierungshilfe benutzt** zu werden, erzählt die Ko-Autorin Sally Broughton Micova Tagesspiegel Background. „Wenn wir schauen, was wurde erreicht? Was wurde getan?

Was hat funktioniert, was hat nicht funktioniert?“ Sie hat im vergangenen Sommer auch bereits an einem Bericht mitgearbeitet, der Vorschläge für effektive DSA-Risikobewertungen gemacht hat (Tagesspiegel Background *berichtete* (<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/wie-sieht-effektive-risikobewertung-aus>)).

Ihr neuer Bericht untersucht nun, wie die Umsetzung dieser Bewertungen bewertet werden kann. Dabei unterscheidet sie beim systemischen Risiko für Wahlen zwischen zwei Bereichen: Dem Informationsraum für **Abläufe** und dem Informationsraum für **Auswahlmöglichkeiten**. Für beide Bereiche listet der Bericht Kriterien auf, zusammen mit Szenarien für Erfolg und Misserfolg der Plattformen.

Nicht nur Desinformation

Beim ersten geht es um Informationen zum **Prozess des Wählens und der Wahlen**. Wähler:innen müssen sich etwa darüber informieren, wo sie wählen können und wie die Ergebnisse gezählt werden können. Außerdem müssen sie wissen, ob Wahlen frei und fair durchgeführt und Bürger:innen freien Zugang zu Kandidaturen hatten.

Dabei würde momentan das Thema Desinformation eine Menge Aufmerksamkeit bekommen, so Micova. Sie betont aber einen anderen Bereich: Die **Belästigung von Personen, die im Wahlprozess involviert sind**. Diese würden so davon abgehalten, sich als Kandidat:innen aufstellen zu lassen oder sich als ehrenamtliche Helfer:innen zu engagieren. Besonders Frauen seien dabei betroffen. „Das sind nicht nur Risiken für die Wahl, sondern für einzelne Personen“, so Micova.

Und: Manche Informationen, die Vertrauen in Wahlen zerstören, sind keine Desinformation. Es gibt auch in der EU manche **Probleme mit Wahlen**, besonders für „mobile“ Bürger:innen, die außerhalb ihres Heimatlands wohnen. „Beobachter:innen, zivilgesellschaftliche Gruppen, Kandidierende, Parteien und Bürger:innen müssen auf diese Ungereimtheiten hinweisen können“, schreiben die CERRE-Autor:innen.

Beeinflussung auch von innen

Im zweiten Bereich geht es um die Informationen, die Bürger:innen

brauchen, um ihre Wahl zu treffen. Parteien müssen gleiche Gelegenheiten bekommen, über ihre Positionen zu informieren, Bürger:innen müssen sich frei informieren und ihre Meinung äußern können.

Ein wichtiger Punkt dabei: Die **Wahlwerbung**. Die EU hat sich zwar jüngst neue Regeln für politische Werbung gegeben, die werden aber erst nach der Europawahl angewandt (Tagesspiegel Background *berichtete* (<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/mehr-transparenz-erst-nach-den-eu-wahlen>)). In ihren Leitlinien hat die Kommission die großen Plattformen aufgefordert, politische Werbung trotzdem schon klar zu kennzeichnen.

Viel Aufmerksamkeit gibt es hier für **Beeinflussung von außen**, etwa aus Russland. „Aber es scheint so, als ob eine Menge von den Parteien stammt, die zur Wahl stehen“, sagte Micova. Hier gebe es etwa Telegram- und Whatsapp-Gruppen, die direkt von Parteien oder von ihnen nahestehenden Personen verwaltet werden und falsche Informationen verbreiten.

Eine Untersuchung von Politico hatte diese Woche *ergeben* (<https://www.politico.eu/article/europe-election-political-ads-spend-online-meta-google-fidesz/>), dass die Fidesz-Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán mit Abstand am meisten für Wahlwerbung in der Europawahl ausgegeben hat. Dabei waren aber genau die von Micova angesprochenen parteinahen Organisationen und Personen nicht einbezogen.

Wie im Nachhinein aus der Wahl lernen?

Dieses Problem könnte deshalb zu einem der Themen werden, für die der Bericht nach der Wahl eine **koordinierte Antwort fordert**. Es reiche nicht, nur einzelne Forscher:innen und die Zivilgesellschaft, bewaffnet mit den DSA-Ansprüchen auf Informationszugang, auf die großen Plattformen loszulassen, argumentieren die Autor:innen. Hier könnte der Beirat für digitale Dienste oder das Europäische Kooperationsnetzwerk für Wahlen aushelfen, meinen sie. Besonders der Beirat wäre dafür gut positioniert.

Ansonsten sollen die großen Plattformen **gemeinsame Standards entwickeln**, wie Daten mit der Zivilgesellschaft und Wahlbehörden geteilt werden können. Dazu sollen etwa Daten zu Raten von faktengecheckten Informationen oder zu den einflussreichsten Quellen von „inauthentischer“ Benutzung gehören. Den Organisationen soll es so einfacher gemacht werden, Vorfälle über Plattformen hinweg nachzuverfolgen.

Mit „inauthentischer“ Benutzung meinen die Autor:innen dabei besonders KI-generierte Inhalte. Hier gibt es nach der Europawahl noch einigen Redebedarf, meint Micova: „Wo genau ist die **Grenze zwischen der erlaubten Benutzung von Tools für Wahlwerbung und was zählt als Beeinflussung?**“ In Indien machten jüngst Deepfakes von Politiker:innen in verschiedenen Sprachen Werbung (Tagesspiegel Background *berichtete* (<https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/wie-deepfakes-den-indischen-wahlkampf-beeinflussen>)) – soll das noch erlaubt sein? Dazu brauche es noch weitere Diskussionen.